



Niederschrift

über die 2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 30.10.2024,
17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Bürgermeister Christian Gauf

Stadtvorstand

Beigeordnete Christina Rauch

Ausschussmitglieder

Theresa Baumann

Harald Heinz-Peter Benoit

Pascal Dahler

Marcel de Gruisbourne

Falk Dettweiler

Kurt Dettweiler

Heinrich Grim

anwesend ab 17:02 Uhr

Christian Hofer

anwesend ab 17:05 Uhr

Patrick Lang

Stéphane Moulin

anwesend ab 17:08 Uhr, TOP I/2

Dr. Norbert Pohlmann

Walter Rimbrecht

anwesend ab 17:01 Uhr

Gertrud Schiller

Sara-Kim Schneider

Dr. Ulrich Schüler

in Vertretung für Körner Thomas

anwesend ab 17:07 Uhr, TOP I/2

Erika Watson

abwesend ab 19:03 Uhr, TOP I/8

Rebecca Wendel

Protokollführung

Cristina Schatz

von der Verwaltung

Alessa Buchmann

Benedikt Burkey

Martin Deller

Peter Ernst

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Nicole Hartfelder
Jonathan Hübscher
Barbara Kirsch-Hanisch
Johannes Kuhn
Steffen Mannschatz
Christian Michels
Holger Seib
Nadine Walter

Abwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Ausschussmitglieder

Thomas Körner

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Tagesordnung

- 1 Genehmigung einer über- bzw. außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung über 10.000 Euro
Vorlage: 20/3290/2024
- 2 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen über 10.000 Euro
Vorlage: 20/3295/2024
- 3 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro
Vorlage: 20/3299/2024
- 4 Beschluss über Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2024
Vorlage: 20/3291/2024
- 5 Satzung Umwelt-und Servicebetrieb Zweibrücken – Anstalt des öffentlichen Rechts (UBZ); Änderung der Anstaltssatzung
Vorlage: 30/3298/2024
- 6 Theater- und Konzertspielzeit 2025/2026 (von Sept. 2025 bis einschließlich Mai 2026) - Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen
Vorlage: 41/3289/2024
- 7 Bebauungsplanverfahren IX 38 „Wohnen am Kirchberg“ mit parallelem Änderungsverfahren Flächennutzungsplans FNP 19 „Kirchberg“;
Auftragshöhung für Planungsleistungen
Beschlussfassung
Vorlage: 60/3297/2024
- 8 Umbau der Bushaltestelle Steinhauserstraße
Vergabe der Bauarbeiten
Vorlage: 84/3300/2024
- 9 Beschluss der Geschäftsordnung
Vorlage: 10/3256/2024
- 10 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3286/2024
- 11 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Der Bürgermeister teilt mit, dass er den Vorsitz übernehmen werde, da der Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza krankheitsbedingt ausfällt.

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Ausschussmitglied Dahler, CDU, bittet um die Absetzung des TOP I/9 „Beschluss zur Geschäftsordnung“ von der Tagesordnung, da aufgrund technischer Voraussetzungen eine Vorbereitung zur Sitzung nicht möglich gewesen sei.

Eine Beratung könne dann im Stadtrat erfolgen.

Es spricht sich niemand gegen die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes aus.

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 1: **Genehmigung einer über- bzw. außerplanmäßigen**
(öffentlich) **Verpflichtungsermächtigung über 10.000 Euro**
 Vorlage: 20/3290/2024

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Benoit, AfD, erklärt Herr Mannschatz, UBZ, dass es sich hierbei um eine LED-Beleuchtung ohne Dimmer, handele.

Ausschussmitglied Dahler, CDU, möchte wissen, weshalb vor Beginn der Baumaßnahme bereits mehr Geld benötigt wird.

Herr Ernst, Bauamt, führt aus, dass sich vor Beginn der Baumaßnahme mehr Kosten ergeben haben als im Haushalt angesetzt wurden. Mit der Auftragsvergabe für die Straße seien die Kosten höher als kalkuliert wurde.

Im Anschluss macht der Haupt- und Personalausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 15 Mitglieder teil.

Verteiler:

20
60

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 2: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen**
(öffentlich) **Aufwendungen/Auszahlungen über 10.000 Euro**
 Vorlage: 20/3295/2024

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Benoit, AfD, fragt nach, ob es sich bei dem Vertrag mit dem Ingenieurbüro um einen festen Betrag handele.

Herr Michels, Bauamt, erklärt, dass die landespflegerischen Maßnahmen entsprechend über die HOAI gedeckt seien und der Betrag fest sei.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Dettweiler, FWG, führt Herr Michels aus, dass der neue Vertrag nach der neuen HOAI gälte.

Ausschussmitglied Moulin, SPD, möchte wissen, weshalb es eines neuen Nachtrags bedarf. Er gibt zu bedenken, dass die Kosten für die Planung zu hoch seien.

Herr Kimmel, Kämmerei, erklärt, dass für die landespflegerischen Maßnahmen im Haushalt eine Position vorgesehen sei, welche aber nicht geplant waren. Die Mittel wurden für das Haushaltsjahr 2024 eingestellt, jedoch wurden diese für die Baumaßnahme der Neugartenahrung aufgebraucht. Da das Bauamt unmittelbar beauftragen möchte, und die ADD bis Mitte Dezember bis zur Bewilligung Zeit habe, sei es nicht möglich diese Kosten im Nachtragshaushalt zu planen.

Herr Ernst, Bauamt, gibt an, dass im Rahmen der Erschließung von Baugebieten die landespflegerischen Maßnahmen erledigt werden sollten. Allerdings sei dies hier nicht geschehen, weshalb erst nach 2-3 Jahren nach Fertigstellung der Erschließungsanlage, die Mittel nachträglich im Haushalt 2024 auftauchen. Dies läge wohl an den Arbeitsabläufen vom Umwelt- und Servicebetrieb.

Frau Hartfelder, UBZ, erklärt, dass bei Erschließung eines Neubaugebietes, durch Bescheid von der SGD, Auflagen zu erfüllen seien. Hierbei muss ein sogenannter Ausgleich in einer bestimmten Größe erbracht werden. Der UBZ erbringe diesen Ausgleich nicht in Neubaugebieten, sondern z. B. bei der Maßnahme Renaturierung des Hornbachs. Jedoch könne sie nicht beantworten, ob es sich bei der landespflegerischen Maßnahme auf eine Renaturierungsmaßnahme beziehe.

Im Anschluss macht der Haupt- und Personalausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 3: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen**
(öffentlich) **Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro**
 Vorlage: 20/3299/2024

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Benoit, AfD, möchte wissen, ob die Stellen der Brandmeisteranwärter bereits im Stellenplan aufgeführt seien.

Herr Kuhn, Personalamt, führt auf, dass bereits im letzten Jahr sieben neue Stellen im Stellenplan hinzugekommen seien und diese mit den Brandmeisteranwärtern besetzt wurden.

Ausschussmitglieder Dahler, CDU und Dettweiler, FWG, bitten darum, dass die Kosten im Vorfeld zur Ratssitzung aufgeschlüsselt und erläutert werden.

Frau Buchmann, Hauptamt, gibt an, dass es sich bei den aufgeführten Kosten um keine neuen Maßnahmen handle, sondern diese bereits im Haupt- und Personalausschuss sowie im Stadtrat thematisiert worden seien. Es handle sich heute lediglich um die zugehörige Begleichung der Rechnungen.

Der Vorsitzende sagt zu, diese Angelegenheit an die Feuerwehr weiterzugeben, sodass im nächsten Stadtrat nochmal darauf eingegangen werden könne.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hofer, AfD, erklärt Herr Kuhn, dass die Lehrgänge nicht immer direkt zur Verfügung stünden. In dem Fall konnten dieses Mal alle Brandmeisteranwärter gleichzeitig auf die Lehrgänge gehen, sodass mit der Summe von 90.000 € für die Ausbildung tatsächlich in einem angefallen wären und man aus zuvor genannten Gründen damit nicht gerechnet und finanztechnisch auch nicht geplant habe.

Ausschussmitglied Dahler, CDU, ergänzt, dass er in den Vorlagen der vergangenen Sitzungen zu einem Motorschaden nichts gefunden habe, weshalb er um Informationen diesbezüglich für den nächsten Stadtrat bitte.

Im Anschluss macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	6

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

37/38

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 4: **Beschluss über Nachtragshaushaltssatzung und**
(öffentlich) **Nachtragshaushaltsplan 2024**
 Vorlage: 20/3291/2024

Der Vorsitzende hält einleitende Worte und gibt das Wort an Herrn Kimmel, Kämmerei.

Herr Kimmel macht Ausführungen zur Thematik und verweist darauf, dass aufgrund der aktuell erforderlichen, aber nicht vorhandenen Mittel in verschiedenen Teilhaushalten gemäß Regelung in der Haushaltssatzung ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden müsse.

Ausschussmitglied Dettweiler, FWG, gibt zu bedenken, dass aufgrund der aktuellen Konjunkturlage ein drastischer Einbruch entstehen könne und dies den Haushalt zurückwerfe. Im nächsten Ansatz solle man mit einem Minus von 10 Mio. € rechnen.

Herr Kimmel, Kämmerei, erklärt, dass die 38 Mio. € bereits realisiert worden seien. Er gibt zudem an, dass sich die konjunkturelle Entwicklung durchaus verschlechtern könne, was zur Reduzierung der Gewerbesteuer führe.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Erkenntnis vorläge, dass die Steuerzahlungen in einer Größenordnung erfolgt sei, die nicht zu erwarten war. Im Rahmen der konjunkturellen Entwicklung könne es dazu führen, dass Rückerstattungen erfolgen müssen. Dies müsse dann entsprechend bei der Aufstellung des neuen Haushaltes besprochen werden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Benoit, AfD, führt Herr Kimmel aus, dass der Haushalt durch Pflichtaufgaben diktiert sei. Jedoch habe die Stadt 3,5 % für freiwilligen Leistungen einkalkuliert.

Ausschussmitglied Benoit, AfD, möchte wissen, ob es nicht möglich wäre, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Land und der Bund nicht kostendeckend arbeiten, die Zahlungen als Stadt nicht zu leisten.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt die gesetzliche Verpflichtung habe, diese Pflichtaufgaben zu erfüllen. Man müsse dafür sorgen, dass Unterhaltsvorschüsse, Grundsicherung sowie Eingliederungshilfen bezahlt werden.

Ausschussmitglied Rimbrecht, SPD, regte an, zu prüfen, welche Ausgaben-Positionen sich ins nächste Jahr verschieben ließen und ob auf der Einnahmen-Seite Zuschüsse von Land und Bund nicht schneller verrechnet werden könnten.

Ausschussmitglied Moulin, SPD, wies daraufhin, dass bei den Pflichtaufgaben die Vorfinanzierung von Forderungen, für die Kredite aufgenommen werden müssen, so kurz wie möglich zu halten seien. Er möchte zudem wissen, weshalb bei den Personalausgaben 2 Mio. € mehr ausgegeben wurden als ursprünglich angesetzt worden war.

Herr Kuhn, Personalamt, führt aus, dass aufgrund der Vorgabe eines ausgeglichenen Haushaltes, die Personalausgaben auf 4,5 Mio. € gekürzt worden waren. Durch die Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie mehrere Einstellungen, seien die Kosten über 10 % gestiegen.

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Ausschussmitglied Benoit, AfD, regt an, künftig Höhergruppierungen zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen, um Kosten einzusparen.

Dieser Vorschlag wird von mehreren Mitgliedern als nicht zielführend genannt, da dies auch die Attraktivität als Arbeitgeber senke und man sich dies nicht leisten könne.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Moulin, SPD, führt Herr Kimmel aus, dass die ADD nach Einreichung des Nachtragshaushaltes vier Wochen Zeit habe, diesen zu genehmigen oder aber zu beanstanden. Nach bisherigem Kenntnisstand, würde alles was nicht ausgeglichen sei, von der ADD abgelehnt werden. Sollte es zu keiner Genehmigung kommen, sei die Stadt trotzdem dazu verpflichtet die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Es werden dann im Rat überplanmäßige Mittel beantragt, ohne eine entsprechende Deckung im Haushalt zu haben. Mit solchen überplanmäßigen Mittelfreigaben werde sich der Rat ohnehin bis zu einer möglichen Genehmigung befassen müssen, da die Gelder der Ämter aktuell bereits zu großen Teilen aufgebraucht seien. Beim Jugendamt habe man diesbezüglich für zwingend erforderliche Auszahlungen eine Eilentscheidung im Stadtvorstand treffen müssen, die dem Stadtrat diese Woche noch per Mail zur Kenntnis gegeben werde.

Ausschussmitglied Pohlmann, GRÜNE, möchte wissen, ob für den Ausgleich des Finanzhaushaltes Liquiditätskredit aufgenommen werden müssen und ob es vorher die Möglichkeit gegeben habe, zu einer Begrenzung von Ausgaben zu kommen wie z. B. durch eine Haushaltssperre.

Herr Kimmel sicherte zu, dass unnötige Ausgaben eingrenzt werden. Sollten die Budgets leerlaufen, drohe eine Interimswirtschaft. Diese habe zur Folge, dass nur noch Pflichtaufgaben zu erfüllen seien. Von der Möglichkeit der Haushaltssperre, wurde bereits Anfang des Jahres Gebrauch gemacht. Derzeit bestünden nur noch bei zwei Budgets eine Haushaltssperre mit einem geringen Umfang.

Der Vorsitzende, erklärt nochmals, dass die Aufgabe der Verwaltung und des Rates darin bestünden, einen Haushalt aufzustellen, um zum einen die Pflichtaufgaben zu erfüllen und zum anderen die Möglichkeit gibt, im freiwilligen Bereich Investitionen zu tätigen.

Abschließend erklärt Herr Kimmel, dass solange der Nachtrag nicht genehmigt sei, die Beschaffung von Mitteln durch den Stadtrat – im Notfall im Zuge einer Eilentscheidung durch den Stadtvorstand - genehmigt werden müsse. Dies sei einer der Auswirkungen die beim fehlenden Haushalt bzw. bei nicht ausreichend hohen Ansätzen auf die Stadt zukommen könne.

Im Anschluss macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat folgenden

Beschlussvorschlag:

Auf Grundlage der vorgelegten Stadtratsdrucksache schlägt die Verwaltung vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a. Dem Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	0
Enthaltung:	5

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

- b. Dem Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	0
Enthaltung:	5

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 5: **Satzung Umwelt-und Servicebetrieb Zweibrücken – Anstalt des
(öffentlich)** **öffentlichen Rechts (UBZ); Änderung der Anstaltssatzung
Vorlage: 30/3298/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat folgenden

Beschlussvorschlag:

Der anliegende Entwurf einer „Satzung“ zur Änderung der Satzung für den Umwelt- und Servicebetrieb Zweibrücken – Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Zweibrücken – vom 17. Februar 2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 22. November 2023, wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

Verteiler:

30

84

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 6: **Theater- und Konzertspielzeit 2025/2026 (von Sept. 2025 bis einschließlich Mai 2026) - Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen**
(öffentlich) **Vorlage: 41/3289/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Lang, GRÜNE, fragt nach, ob aufgrund der prekären Haushaltslage eine solche aus seiner Sicht wichtige, aber dennoch freiwillige, Ausgabe erlaubt sei. Er spricht sich jedoch für den Beschlussvorschlag aus.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Geld zwingend benötigt wird um Verträge abschließen zu können.

Die Beigeordnete, Kulturdezernentin, führt zudem aus, dass die Ermächtigung notwendig sei, um die Verträge für die Theater- und Konzertspielzeit 2025/2026 abschließen zu können. Darunter fallen nicht nur die Indoor-Veranstaltungen, sondern auch z. B. das Straßentheaterspektakel. Daher sei es wichtig, die Verträge mit den Künstlerinnen und Künstlern abzuschließen, da im Bereich von Konzerten eine Vorlaufzeit von zwei Jahren brauche.

Mehrere Ausschussmitglieder sprechen sich trotz der Haushaltssituation dafür aus, dass die Stadt ihre Kulturveranstaltungen nicht verlieren dürfe.

Im Anschluss fasst der Haupt- und Personalausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss von Gastspielverträgen für die Theater- und Konzertspielzeit 2025/2026 bis zu einem Höchstbetrag von 170.000,00 € wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den Vertragsabschlüssen ergebenden rechtlichen Verpflichtungen einzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

Verteiler:

41

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 7: **Bebauungsplanverfahren IX 38 „Wohnen am Kirchberg“ mit**
(öffentlich) **parallelem Änderungsverfahren Flächennutzungsplans FNP 19**
 „Kirchberg“;
 Auftragshöhung für Planungsleistungen
 Beschlussfassung
 Vorlage: 60/3297/2024

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Rimbrecht, SPD, bestätigt Herr Michels, Bauamt, dass die Kosten des Baugebiets auf die Käufer der Grundstücke entsprechend umgelegt werden.

Ausschussmitglied Schneider, CDU, möchte wissen, weshalb nicht im Vorfeld mit den entsprechenden Behörden und Institutionen die verschiedenen Problematiken angesprochen wurde.

Herr Michels, erklärt, dass nach neuem Recht in jedem einzelnen Verfahrensschritt jede Behörde und jeder der eine Eingabe machen möchte, sich äußern könne (auch wenn er dies im Schritt zuvor verneint habe), sodass es mittlerweile zu drei Offenlegungsverfahren gekommen sei.

Im Anschluss macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag der Firma agstaUMWELT GmbH, Haldenweg 24, 66333 Völklingen wird von 70.000 € um 15.000 € auf 85.000,-€ erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 17 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 8: **Umbau der Bushaltestelle Steinhauserstraße**
(öffentlich) **Vergabe der Bauarbeiten**
 Vorlage: 84/3300/2024

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Schiller, CDU, bittet um Ergänzung, von wem der Auftrag erteilt worden sei.

Zudem möchte Sie wissen, wie viele Bushaltestellen davon betroffen seien.

Herr Mannschatz, UBZ, gibt an, dass der Auftrag von der Stadt bzw. vom Land erteilt wurde. Zudem erklärt er, dass insgesamt sechs Bushaltestellen, beginnend von der Einfahrt Ringstraße entlang der Steinhauser Straße bis zur Röntgenstraße, davon betroffen seien.

Herr Ernst, Bauamt, ergänzt, dass es eine gesetzliche Vorgabe durch das Nahverkehrsgesetz gäbe, wodurch dies bereits Ende 2022 hätte umgesetzt werden müsse.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Benoit, AfD, erklärt Herr Mannschatz, dass nach Erhalt der Genehmigung zur Deckensanierung, nächstes Jahr damit begonnen werden könne.

Im Anschluss fasst der Haupt- und Personalausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Haupt.- und Personalausschuss stimmt der Vergabe der Bauarbeiten an die Firma Scharding GmbH, Unterer Hornbachstaden 39 ,66482 Zweibrücken zum Angebotspreis in Höhe von 329.997,12 € Brutto zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 16 Mitglieder teil.

Verteiler:

84

30

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 9: **Beschluss der Geschäftsordnung**
(öffentlich) **Vorlage: 10/3256/2024**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Verteiler:

10.2.1

30

AkteGO

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 10: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/3286/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fasst der Haupt- und Personalausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme der folgenden Spenden und Sponsorenmittel wird zugestimmt.

1. Idee + Spiel Gerhard Cleemann e. K. spendet dem Kultur- und Verkehrsamt Bücher im Wert von 500,00 € für den Lesesommer Rheinland-Pfalz 2024 der Stadtbücherei und zur Förderung der Jugendbücherei.
2. Herr Hanno Syffert spendet dem Kultur- und Verkehrsamt Exponate im Wert von 11.605,00 € für das Stadtmuseum.
3. LOTTO Rheinland-Pfalz GmbH spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 10.000,00 € (netto) für das Festival Euroclassic.
4. Die Stiftung der Sparkasse Südwestpfalz spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 10.000,00 € für das Festival Euroclassic.
5. Via Outlets Zweibrücken b. V. spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 30.000,00 € (netto) für das Festival Euroclassic.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 16 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

20

41

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Punkt 11: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Es wurde einer Höhergruppierung zugestimmt.
- Es wurde einer unbefristeten Einstellung zugestimmt.

2. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.10.2024

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:24 Uhr.

Der Vorsitzende

Bürgermeister Christian Gauf

Die Schriftführer

Alessa Buchmann

Cristina Schatz